

Wir befragten Politiker und Parteien zur Energiewende und zur Juraleitung: Alle sind für Energiewende, beim Stromleitungsbau gibt es Differenzen

Die Bürgerinitiative „Büchenbach – NEIN zur P53 Südtrasse“ hat zusammen mit anderen Bürgerinitiativen entlang der Juraleitung Politiker und Parteien befragt, wie sie zur Energiewende und zum geplanten Netzausbau stehen.

Es antworteten aus unserem Wahlkreis Roth Felix Locke, FW, Kristine Lütke, FDP und Jan Plobner, SPD. Ferner antworteten Frau Anja Weisgerber, CSU (Wahlkreis Schweinfurt), Karl-Heinz Herbst, Grüne (Wahlkreis Amberg-Nürnberger Land), Dr. Manuela Rottmann, Grüne (Wahlkreis Bad Kissingen) und als Parteien die Linke und die Freien Wähler.

Alle befürworten die „Ausarbeitung eines neuen **sektorenübergreifenden Energiewendekonzepts**.“ Den „gezielten Ausbau von Solaranlagen auf öffentlichen Flächen und Gebäuden“ und „Regionale Projekte zur Koppelung von Wärme, Verkehr und Strom fördern“ befürworten alle außer der FDP-Vertreterin.

Der Aussage „**Dezentrale Speicher** entlasten die Netze und bilden daher eine sinnvolle Alternative zum ausufernden Stromnetzausbau. Speicher können helfen die Energiewende schneller umzusetzen.“ stimmen alle außer der FDP zu. Die Aussage „Die marktreifen Speichertechniken (Power to X, LOHC, Biobatterie, bidirektionale Ladepunkte für e-Autos) müssen jetzt in die Praxis umgesetzt werden, um die Wirkungsgrade zu optimieren und die Kosten durch größere Stückzahlen zu reduzieren“ fand allgemeine Zustimmung.

Wir fragten, inwieweit sich ein EU weit verbundenes Stromnetz mit Nachhaltigkeit in Einklang bringen lässt, wenn durch grenzüberschreitenden Stromhandel unweigerlich auch Kohle- und Atomstrom quer durch Deutschland transportiert wird. Sowohl die Partei „Die Linke“ als auch Felix Locke, FW, lehnten den Netzausbau für den europäischen Stromhandel ab. Frau Lütke von der FDP befürwortet demgegenüber ein europäisches Verbundnetz. Frau Dr. Rottmann und Herr Herbst, Grüne, wollen den Ausstieg aus Kohle und Atom vorantreiben. Auch Frau Weisgerber, CSU, beantwortete die Frage nicht und will stattdessen „besser verzahnte Netze zur Förderung erneuerbarer Energiequellen.“

Alle Befragten sprechen sich für eine **Dezentrale Energiewende** aus. Was darunter zu verstehen ist und welche Konsequenzen dies haben muss, wird unterschiedlich beantwortet. Frau Weisgerber, CSU, meint, dass „der durch Windkraft im Norden erzeugte Strom, ... in die Verbrauchszentren in Süddeutschland transportiert werden muss.“

„Auf den Bau der für die Versorgungssicherheit nachgewiesenermaßen nicht erforderlichen **Stromtrassen muss verzichtet werden**.“ Dem stimmten alle Befragten außer Kristine Lütke, FDP zu.

„**Der Schwerpunkt sollte eher auf das Verteilnetz** und regionale Smart Grids als auf Übertragungsnetze gelegt werden.“ Dieser Aussage stimmten Jan Plobner (SPD), Felix Locke (FW), Karl-Heinz Herbst (Grüne), Die Linke und die Freien Wähler zu.

Wir fragten: „Halten Sie die altbekannte Begründung für den ständig weiter erhöhten Netzausbau immer noch für zulässig, **man brauche dringend neue Fernleitungen, um Strom von Nord- nach Süddeutschland zu transportieren**, damit die Energiewende gelingen kann?“ Jan Plobner, SPD, antwortete: „Mit einer stark forcierten dezentralen Energiewende braucht es die Fernleitungen nicht.“ Diese Meinung teilten auch Felix Locke, FW, und Die Linke. Letztere stimmen dem DIW und dem BUND e.V. zu. Demgegenüber befürchten K.-H. Herbst und Dr. Rottmann (Grüne), dass es zu viele Versäumnisse bei der dezentralen Energiewende gegeben habe. Weisgerber, CSU; ist „für einen Netzausbau so viel wie nötig und so wenig wie möglich“ und für Erdverkabelung und Lütke (FDP), für einen beschleunigten Netzausbau.

Eine **Kosten-Nutzen-Analyse** befürworten Locke (FW), Plobner (SPD), Dr. Rottmann (Grüne), die Freien Wähler und Die Linken. Weißgerber (CSU) behauptet hingegen, dass Deutschland die vorgeschriebene sozioökonomische und ökologische Nutzen-Analyse für Verbindungsleitungen im Rahmen der Netzentwicklungspläne regelmäßig durchführen würde und auch Lütke (FDP) meint, dass diese europarechtlichen Voraussetzungen erfüllt seien. **Diese Aussagen sind leider falsch. Die Bundesnetzagentur wies auf Seite 45 der vorläufigen Bestätigung des NEP 2021-2035 vom 6.8.21 die Notwendigkeit einer Kosten-Nutzenanalyse (Cost-Benefit-Analysis, CBA) explizit zurück.**

Leider haben die übrigen Direktkandidaten nicht auf unseren Bürgerfragenkatalog geantwortet. Wir bedauern das sehr, hätten wir und wohl auch Sie gerne deren Meinung zur Energiewende und zum Netzausbau gewusst.

Die **vollständigen Antworten** derjenigen, die geantwortet haben, können Sie auf unserer Facebookseite <https://www.facebook.com/bi.buechenbach.p53> und auf <https://www.stromautobahn.de/> lesen.